
13125/J XXIV. GP

Eingelangt am 19.11.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Josef A. Riemer
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Gesundheit
betreffend Psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz

Laut Medienberichten hat sich seit dem Jahr 2000 die Zahl der Krankenstandstage wegen psychischer Erkrankungen österreichweit fast verdoppelt (auf 2,6 Millionen im Jahr).

Laut dem Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie (ÖBVP) sind aktuell aber 1,5 Millionen Österreicher Burn-out gefährdet. Frauen laufen besonders Gefahr auszubrennen, da sie berufstätig sind, den Haushalt führen und die Kinder erziehen. Wichtig ist eine Früherkennung und rechtzeitige Behandlung. Für Burn-out gibt es keine Standardtherapie, die Behandlung muss sich daher an den individuellen Beschwerden und dem persönlichen Hintergrund des Patienten orientieren.

Der Kurier vom 07.11.2012 berichtet von einer Burn-out-Prävention per Gesetz. Schärfere gesetzliche Bestimmungen zum Arbeitnehmerschutz sollen ab 1. Jänner 2013 psychische Belastungen am Arbeitsplatz minimieren und dadurch Burn-out verhindern. Durch das neue „Anti-Stress-Gesetz“ wie es bereits genannt wird, werden Unternehmen verpflichtet, die Stressfaktoren am Arbeitsplatz zu erheben, von externen Arbeitsmedizinern bzw. Psychologen beurteilen zu lassen und geeignete Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer umzusetzen.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Gesundheit folgende

Anfrage

1. Welche Anzahl an psychischen Erkrankungen bei Arbeitnehmern liegt dem Bundesministerium für Gesundheit vor?
 - a) Bitte um Aufstellung nach Geschlecht!
 - b) Wie viele davon wurden stationär behandelt?

2. Welche Anzahl an psychischen Erkrankungen bei Arbeitgebern liegt dem Bundesministerium für Gesundheit vor?
 - a) Bitte nach Aufstellung nach Geschlecht!

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

- b) Wie viele davon wurden stationär behandelt?
3. Wie hoch waren die Kosten für die Behandlung von psychischen Erkrankungen im Jahr 2011 für die Krankenkassen?
4. Welche positiven Auswirkungen erwartet sich der Bundesminister für Gesundheit mit den neuen gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitnehmerschutzes?
5. Gibt es Zahlen, wie viele Kinder und Jugendliche bzw. welcher Anteil am Lehr- und Ausbildungspersonal betroffen ist?